

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein neuer Fememord.

Der Leichenfund im Tegeler Forst.

Die B.S.-Korrespondenz meldet:
Der Leichenfund im Tegeler Forst am letzten Sonntag scheint die Annahme der Mordkommission, daß hier ein Verbrechen aus politischen Motiven vorliegt, zu bestätigen. Die bisherigen Aufklärungsarbeiten haben bereits soviel Material zu Tage gefördert, daß man mit der Tatsache rechnen muß, daß in dem vorliegenden Fall wiederum der Tote ein Opfer einer Geheimorganisation geworden ist. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Ermordete zur Strafe für Vergehen, die erst noch näher aufklärt werden müssen, von seinen ehemaligen Freunden befestigt worden ist. Soweit bisher festzustellen scheint, ist der Tote ein früherer Oberleutnant Müller, der allerdings anders heißen dürfte, aber unter diesem Namen im vorigen Jahre innerhalb verschiedener Rechtsorganisationen auftrat und der nach den bisherigen Ermittlungen keinen allzu guten Ruf gehabt hat. Müller soll dunkle Geschäfte, darunter auch Waffengeschäfte, gemacht haben und gleichzeitig hat er offenbar sowohl nach rechts als nach links Spitzeldienste getan. Offenbar ist er dann aus Rache von den Angehörigen einer der in rechts- und linksradikalen Kreisen bestehenden Geheimorganisationen in den Tegeler Forst gelockt und dort befestigt worden. Die Kriminalpolizei verfolgt bereits ganz bestimmte Spuren, doch dürften die Ermittlungen sich noch so langer Zeit einigermaßen schwierig gestalten, da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Täter unmittelbar nach der Ermordung Müllers sich in Sicherheit gebracht haben.

einem Leichenfund im Tegeler Forst. Die Ermittlungen der Abteilung A haben ergeben, daß der Mann von deutschböhmischer Seite ermordet worden ist, weil er im Verdacht stand, Beziehungen zu den Kommunisten zu haben. Nach erfolgtem Mord sind dem Toten die Taschen geleert und die im Besitz des Toten befindlichen Wertgegenstände zu Geld gemacht worden. Der Haupttäter ist flüchtig; zwei an der Mordtat Beteiligte wurden von der politischen Polizei festgenommen.

Wegen der Ermordung eines Oberleutnants Müller im Tegeler Forst war Anfang Dezember vergangenen Jahres ein gewisser Grüte-Behrer verhaftet, bei dem Ausweise des Reichstagsabgeordneten Wulle und des deutschböhmischen Geschäftsführers Kube gefunden wurden. Reinhold Wulle hat damals eine öffentliche Erklärung abgegeben, daß dieser Grüte-Behrer den Auftrag gehabt habe, den Oberleutnant Müller zu übermachen und festzusetzen, ob er ein „Schäbbling“ sei, damit er aus der Organisation ausgeschlossen werden könne. Aus dem Bericht des Polizeipräsidenten geht nicht hervor, ob es sich bei der Aufdeckung des jetzigen Mordes um dieselbe Angelegenheit handelt. Damals ist jedenfalls der Fall Grüte-Behrer nicht weiter verfolgt worden, die Leiche des Ermordeten ließ sich nicht auffinden. Wenn jetzt in diese dunkle Angelegenheit Licht gebracht werden sollte, dann wird hoffentlich auch der Zusammenhang zwischen dem Mörder und seinen Auftraggebern, d. h. in diesem Falle Wulle, Kube usw. von der Leitung der böhmischen Freiheitspartei aufgeklärt werden müssen.

Dazu teilt das Polizeipräsidium mit:
Seit mehreren Tagen beschäftigt sich die Berliner Polizei mit

Deutschland und Rußland.

Randbemerkungen zum Zwischenfall.

Der diplomatische Zwischenfall, der sich aus dem Einbringen preussischer Polizeibeamter in das Haus der russischen Handelsdelegation ergab, wird hoffentlich bald beigelegt werden. Das wird um so sicherer der Fall sein, je mehr man sich von beiden Seiten bemüht, den Vorfall rein sachlich und rechtlich zu betrachten, ohne ihn durch Intrigen innen- oder außenpolitischer Art verwirren zu lassen. Man kann vielleicht jetzt schon, ohne dem endgültigen Ergebnis vorzugreifen, sagen, daß auf beiden Seiten Fehler begangen worden sind. Denn auf der einen Seite durfte die wirkliche oder angebliche Exterritorialität der Handelsdelegation nicht dazu mißbraucht werden, um einen deutschen Häufling zu befreien, auf der andern Seite durfte die Fahndung nach dem Entsprungenen nicht ohne weiteres mit einer Hausdurchsuchung nach andern Dingen verbunden werden. In beiden Fällen, bei der Befangenheitsbefreiung wie bei der Hausdurchsuchung ist anscheinend von beiden Seiten mit List und Gewalt vorgegangen worden, so daß man sich gegenseitig nichts oder gleichviel vorzuwerfen hat. Unter solchen Umständen sollte in diesem Zwischenfall bei beiderseitigem guten Willen ein Ausgleich leicht zu finden sein.

Wenn von kommunistischer Seite behauptet wird, hinter dem Vorgehen der preussischen Polizei stehe die deutsche Sozialdemokratie, so ist das nichts als eines jener lächerlichen Märchen, die man dort braucht, um der Sozialdemokratie die Schuld an allem Mißliebigen anzuhängen. Die deutschen Sozialdemokraten wünschen die intensivsten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und zwischen den beiden Völkern eine ehrliche Freundschaft, die keine Spitze gegen irgendein anderes Volk enthalten soll.

Wenn sich die wirtschaftlichen Beziehungen einseitig darauf beschränken, daß einige deutsche Kapitalisten mit Rußland gute Geschäfte machen, so liegt die Schuld daran nicht bei der Sozialdemokratie, sondern sie ist in den gegebenen Verhältnissen begründet. Und wenn in Deutschland bezüglich der Absichten Rußlands ein gewisses Mißtrauen besteht, das zu leugnen unmöglich ist, so liegt die Schuld wiederum nicht bei der deutschen Sozialdemokratie, sondern auf der andern Seite.

Wir haben uns die Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands zum Prinzip gemacht nicht nur aus der allgemeinen Einsicht, daß solche Einmischungen leicht zu außenpolitischen Konflikten führen, sondern auch weil wir uns von einer gewalttätigen Störung der russischen Entwicklung keinen Segen versprechen. Wir wünschen lebhaft, daß das System der despotischen Unterdrückung jeder amtlich erwünschten Meinung und aller Volksrechte, das in Rußland herrscht, verschwinden möge, wir verwahren uns dagegen, daß man uns dieses System als eine angelegliche Sorte von Sozialismus zur Nachahmung empfiehlt, aber wir glauben, daß ein plötzlicher gewalttätiger Umsturz in Rußland zu neuen Zerstörungen und Erschütterungen führen würde und sehen darum unsere Hoffnung auf die gewaltlose Evolution. Weder Deutschland noch die deutsche Sozialdemokratie denken daran, in Rußland eine Bewegung zu fördern, die in den Augen der russischen Staatspolizei etwa als „gewalttätiger Umsturz“ erscheinen könnte.

Ist es aber auf der andern Seite ebenso? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Die einzige reale politische Macht in Rußland ist die kommunistische Partei, sie ist schlichtweg mit der Regierung identisch. Diese russische kommunistische Partei betrachtet die „Vernichtung“ der deutschen Sozialdemokratie als eine ihrer wesentlichen Aufgaben. Sie ist damit unzufrieden, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht nur für Rußland, sondern auch für Deutschland den Weg gewaltloser Entwicklung einem blutigen Bürgerkrieg vorzieht, und sie unterstützt mit aller Macht und mit allen Mitteln die deutschen Kommunisten, die auf dem Weg der Gewalt zu ihren Zielen zu gelangen versuchen.

Einer der mächtigsten Männer Rußlands, Sinowjew, hat jüngst in einem Brief, der von der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde, an die deutschen Kommunisten die Aufforderung gerichtet, Ueberfälle auf Waffenlager zu veranlassen. Die russische Regierung wird sagen, Sinowjew sei „Privatperson“, und sie habe — so liberal ist man in Rußland — auf seine Meinungsäußerung keinen Einfluß. Da müssen aber denn doch zwei Fragen erlaubt sein: Erstens, würde die Meinungsfreiheit der Privatperson Sinowjew in Rußland auch respektiert worden sein, wenn er Ueberfälle nicht auf deutsche, sondern auf russische Waffenlager empfohlen hätte? Und zweitens, kann man es sich in Rußland vorstellen, daß der Führer einer regierenden deutschen Partei eine derartige Aufforderung nach Moskau richtete und daß man sie in einem Rostauer Blatt feierlich abdruckte?

Diese Fragen müssen gestellt werden, obwohl die Kommunisten daraufhin wieder schreien werden, wir wollen denunzieren. Das wollen wir wahrhaftig nicht. Wir wollen nur, daß mit gleichem Maß gemessen werde und daß dem einen recht sein soll, was dem anderen billig ist.

Die russische Regierung verlangt, daß ihre Handelsdelegationen in Deutschland gegen jeden Eingriff der Polizei gesichert sein sollen. Das Verlangen wird erst dann berechtigt, wenn Gewähr dafür gegeben ist, daß aus den Handelsdelegationen keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands erfolgt, zum mindesten keine Ein-

Frankreich und das Gutachten.

Eine Erklärung Léon Blums.

Paris, 14. Mai. (U.) Der „Eclair“ veröffentlicht eine Auserverdung seines diplomatischen Vertreters mit dem Führer der Sozialisten, Léon Blum. Blum erklärte, Frankreich sei fest entschlossen, das Sachverständigengutachten in die Tat umzusetzen, und er sei weiter der festen Überzeugung, daß sich im deutschen Reichstag eine Mehrheit zugunsten der Verwirklichung des Sachverständigengutachtens ergebe. Die Deutschnationalen könnten es nicht unternehmen, gegen die Vorschläge der Sachverständigen zu regieren, da die allgemeine öffentliche Meinung der Welt die letzten Hoffnungen auf eine Befriedigung Europas auf die Sachverständigenvorschläge gesetzt habe. Die deutsche Sozialdemokratie werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, um den Reichstag zur Annahme des Gutachtens zu bewegen. Zum Schluß erklärte Léon Blum, die Deutschnationalen würden den schwersten Irrtum begehen, wenn sie annehmen wollten, daß die Bildung einer neuen radikalsten und sozialistischen Mehrheit in der französischen Kammer ihnen den Vorwand an die Hand gebe, das Programm der Sachverständigen zu bekämpfen oder den Verpflichtungen zu entgehen.

Die Äußerungen der Pariser Morgenpresse spiegeln die Schwierigkeiten wieder, die durch den Wahlausgang in Frankreich hinsichtlich der Umbildung der Regierung heraufbeschworen worden sind. Es handelt sich jetzt nicht allein um den Rücktritt Poincarés, sondern auch um die Demission des Präsidenten Millerand. Genosse Léon Blum schreibt im „Populaire“:

Während Poincaré begriffen hat, scheint Millerand heute noch dazu zu sein. Die offiziellen Zeitungen erklären, Millerand sei bereit, seine Pflicht zu erfüllen, die ihm sein Amt auferlege, daß er aber zuerst eine wesentliche Verpflichtung gegenüber der öffentlichen Meinung und sich selbst zu erfüllen habe. Man müsse sehen, daß er vor allen Dingen keine Drohung zu vermitteln habe, die darin besteht, er werde demissionieren, wenn der Nationale Block ein Niederlage erleiden sollte. In jedem Spiel könne man verlieren oder gewinnen, wenn man aber verloren habe, so solle man ehrlich bezahlen.

Die Sprache unserer französischen Genossen läßt demnach an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Gestützt auf ihren großen Wahlerfolg und auf die einflussreiche Rolle, die ihnen jetzt bei der Umgestaltung der französischen Politik zugefallen ist, müssen sie allen inneren Unklarheiten ein Ende machen, um endlich freie Bahn für eine freiheitliche Politik im Innern und eine Verständigungspolitik nach außen hin zu schaffen. Was die Frage eines Präsidentenwechsels betrifft, so hat sich bereits gestern in französischen politischen Kreisen hartnäckig das Gerücht gehalten, Millerand sei entschlossen, vom Präsidentenamte zurückzutreten. Dies Gerücht wird indirekt durch eine Meldung der „Daily Mail“ bestätigt, wonach Millerand die Absicht habe, der neu zu bildenden Regierung drei Ultimatiforderungen zu stellen, deren Richterfüllung ihn zu einem „schwerwiegenden politischen Entschluß“ zwingen würde.

Hinsichtlich der neuen Kabinettsbildung sind in Pariser politischen Kreisen alle möglichen Kombinationen im Umlauf. Es heißt, daß die Neubildung der Regierung bereits vor dem 1. Juni vorgenommen werden würde, da die unmittelbar bevorstehenden schwerwiegenden politischen Entscheidungen eine aktionsfähige Regierung notwendig machten. Im „Echo de

Paris“ sagt Bertinot, daß die Umbildung der Regierung Frankreichs außenpolitische Situation verschlechtere, da der Ablauf der Ricain-Verträge am 15. Juni neue Verhandlungen notwendig mache und da ferner die von Poincaré mit Süßlawien aufgenommenen Bündnisverhandlungen jetzt notwendig verlagert werden seien. Die Klage des oft zu offiziellen Zwecken gebrauchten Organs läuft indirekt darauf hinaus, die Einhaltung des bisherigen Kurses Poincarés als notwendig erscheinen zu lassen.

Davon kann natürlich keine Rede sein. Die Linksparteien haben Poincaré nicht gestürzt, um seine Politik in anderen Formen fortzuführen. Soeben erklären noch die Führer der drei siegreichen Linksparteien, Painlevé, Herriot und Léon Blum im Hinblick auf die Währungsfrage im „Devoir“, die Parteien der Linken würden die jetzt geschwundene Stabilität des Franken durch Abbau der militärischen Lasten und eine Politik des Friedens und der internationalen Verständigung zu sichern suchen. Für diese Politik sind natürlich bestimmte Grenzen gezogen, mit denen auch die französischen Linksparteien rechnen müssen. In dieser Beziehung verdient die obenstehende Erklärung Léon Blums über die Pflichten der deutschen Politik die eingehendste Beachtung. Die deutschen Rechtsparteien dürfen sich nicht der Hoffnung hingeben, die politische Linksentwicklung in Frankreich für ihre Zwecke mißbrauchen zu können. Wenn sie die Absicht haben, ihre Politik der Verschleppung und der Sabotierung des Sachverständigengutachtens mit verstärkter Energie durchzuführen, so werden sie alle Anlässe zu einer Gefundung der internationalen Beziehungen vernichten, die sich aus der Etablierung der Arbeiterregierung in England und aus dem Sieg des Linksblocks in Frankreich ergeben haben. Die deutsche Sozialdemokratie wird jedenfalls alles, was in ihren Kräften steht, tun, um die von den Rechtsparteien vertretene Politik des nationalen Selbstmordes zu verhindern und gemeinsam mit ihren Bruderparteien in England und Frankreich den Weg zum Frieden und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau weiterzugehen, den sie seit Jahren konsequent und unermüdet verfolgt.

Amerikanische Warnung an Deutschland.

New York, 13. Mai. (E.P.) Die New Yorker Zeitungen von heute morgen drücken allgemein ihr Erstaunen über den Wahlsieg der französischen Linksparteien aus. Allgemein habe man an einen Sieg des Nationalen Blocks geglaubt. Die „New York Times“ schreiben, es bestehe große Gefahr dafür, daß die Deutschen die französischen Wahlen nicht nur als eine Niederlage für die Innenpolitik, sondern auch für die Außenpolitik betrachten und daß sie sich dadurch zu neuem Widerstand ermutigt glaubten.

Wenn die Deutschen ihre Opposition gegen den Dawes-Plan erneuern würden, so wären die Folgen für Deutschland äußerst ernst.

Eine große Verantwortlichkeit lastet jetzt auf Macdonald. Wenn eine Regelung der Reparationsfrage möglich sein sollte, so müsse Macdonald die neue französische Regierung energisch unterstützen. Er dürfe den Deutschen nicht gestatten, die Allierten zu hintergehen, wenn das Friedenswerk Erfolg haben solle.

mischung in einer Form, die im Widerspruch zu den deutschen Gesetzen steht.

Auch hier muß denen gegenüber, die die Berechtigung dieses Standpunkts bestreiten, eine Gegenfrage erlaubt sein. Angenommen, in Rußland bestände eine Partei, die ebenso großen Eifer zur Schau trüge, die russischen Regierungsverhältnisse gewaltsam umzustürzen, wie die deutschen Kommunisten die deutschen, angenommen weiter, diese Partei hätte in einer deutschen Mission in Moskau einen Stützpunkt, sie brächte dort ihre Anhänger als Angestellte unter, läße dort ihre Flugblätter ab, ja, sie bemühte diese Mission als Asyl, um ihre Mitglieder vor dem Zugriff der russischen Behörden zu schützen — würde sich die russische Regierung das mit lammfrommer Geduld gefallen lassen?

Es fällt uns nicht ein zu verlangen, daß sich Deutschland an Rußland ein Vorbild nimmt und daß es seine Staatsordnung mit jenen Mitteln schützt, die in Rußland trotz aller Revolutionen seit Jahrhunderten dieselben geblieben sind. Wir wehren uns nur gegen die Vorstellung, als ob im Fall der russischen Handelsdelegation alles Recht auf der russischen Seite und alles Unrecht auf der deutschen Seite gelegen hätte.

Wir hegen den lebhaften Wunsch, daß sich Rußland und Deutschland als Staaten unter Wahrung der beiderseitigen Hoheitsrechte und ohne Einmischung in die inneren Verhältnisse des anderen so gut wie möglich miteinander vertragen möchten. Gelingt es, den Zwischenfall mit der russischen Handelsmission in einer Weise zu regeln, die beiden Teilen zu ihrem Recht verhelfe, so wird das für beide ein Vorteil sein.

Erfüllungsbereit . . .

Ein Bekenntnis der Deutschnationalen.

In der „Kreuz-Zeitung“ findet sich ein interessantes Eingeständnis: Auch die Deutschnationalen sind zur „Erfüllungsbereit“ bereit und gewillt, die Konsequenzen des verlorenen Krieges zu tragen. Um dies Geständnis an den Mann bringen zu können, muß natürlich erst eine Spalte über „demokratische Demaskierung“ gerodet werden. Aber dann heißt es mit unfehlbarer Offenheit:

„Eingestell auf die Notwendigkeit des Tages, bereit, die Konsequenzen des verlorenen Krieges zu tragen, aber nur soweit sie wirtschaftlich und wirtschaftlich tragbar sind. Verhandlungsbereit und erfüllungsbereit sind auch die Deutschnationalen, verhandlungsbereit aber nur in gleicher Augenhöhe mit dem Gegner, erfüllungsbereit nur bis an die Grenze des Möglichen . . .“

Sehr schön! So ähnlich haben das bisher alle Regierungen erklärt. Alle von Bauer-Müller über Fehrenbach-Simons, von Birtz-Rathenau über Cuno-Rosenberg bis Marx-Stresemann haben versichert, daß sie „bis an die Grenze des Möglichen“ erfüllen wollten und daß sie verlangten, „in gleicher Augenhöhe“, das heißt als Gleichberechtigte zu verhandeln. Alle diese Regierungen sind aber als Erfüllungspolitik von den Deutschnationalen angeprangert und verlästert worden.

Heute winkt nun die „Futterrippe“, von der man sonst so tapfer schmälern konnte, und schon erklärt das Organ Westarps, daß ja auch die Deutschnationalen „bis zur Grenze des Möglichen“ erfüllen möchten, wenn sie nur Gelegenheit dazu hätten. Aber, wie gesagt, da der Bloß mit den Völkischen vorbereitet wird, werden sie wohl keine Erlaubnis bekommen, ihre guten Vorläufe auszuüben.

Ludendorff spricht.

Er hat einem Journalisten eine Unterredung gewährt und sich über einige aktuelle politische Fragen geäußert. Man hört mit Staunen von ihm z. B. über die Abstimmung in Hannover: „Ich weiß, daß das verhängnisvolle System des preussischen Ministeriums Braun-Severing die Abtreibungsgefahren erheblich vergrößert hat, daß gerade dieses Ministerium die Mitschuld daran trägt, daß die Gefahr überhaupt so ernst geworden ist.“ Ueber die Bayerische Volkspartei erklärt der neue Reichslogobeaordnete: „Sie

wird von den meisten als eine Reichspartei angesehen. Das ist sie nicht, sie ist eine römische Partei. Mein Kampf richtet sich gegen die römische Abhängigkeit, niemals gegen den deutschen Katholizismus.“ Was für Erleuchtungen werden wir erst über uns ergehen lassen müssen, wenn er im Reichstag uns belehren wird. Es verspricht sehr amüsant zu werden!

Die völkischen Mäuse.

Wir lesen in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Was sind wir Deutsche doch für ein gutmütiges Volk, daß wir wilde Tiere, die man sonst sehr sauberlich in Käfige sperrt, zur allgemeinen „Belustigung“ frei herumlaufen läßt, ihnen sorgsam weiche Polsterfedern im Parlament bereitet, ihnen Gelder und Freifahrtsscheine liefert, um zum nächsten Schloß zu rufen, und sie gleichsam noch mit freundlicher Handbewegung auffordert, den Wärtler aufzufressen. Wirklich ein oregendes Rag- und Rausspiel. Nur vergißt man dabei die nicht ganz unerhebliche Tatsache, daß das Mäusen ein gefährliches Reptil ist, das man lieber rechtzeitig totretten sollte. Und wie harmlos sind wir deutschen Bürger, daß wir immer noch Behörden dulden, die das Reptil sorgsam als Haustier häufeln und pflegen, zwar manchmal auch die Rute zeigen, letzten Endes aber niemals zugeben wollen, daß ein gefährlicher Giftjahn droht.“

Das ist wirklich eine ausgezeichnete Charakteristik der völkischen Fehmemörder und ihrer Spießgesellen. Man sollte wirklich die bissigen Mäusen zerretten. Aber wir sind sehr harmlos, wir lassen sie in Halle zu vielen Tausenden demonstrieren und notorische Hochverräter Paraden abnehmen.

Völkische Bruderliebe.

Zappel-Hergt und Legenden-Maurenbrecher.

Im „Deutschen Tageblatt“, dem „Kampfbloß“ der Deutschnationalen, finden wir das folgende niedliche Gedicht, das „der völkischen“ „Deutschen Zeitung“ gewidmet ist:

1. O, wie doch die pastorale Deutsche Wetterfahne klagt, Daß der völkisch-sozialer Bloß im Wahlkampf hat vorragt.
2. Und zwei bittere Tränen köstern Aus den trüben Augen dann Diefem braven Hohenzollern-Schmähchrift- und Legendenmann.
3. Und noch andre edle Seelen Greinen ohne Unterlaß: Sollen ihren Schmerz verhehlen: Alfred Roth und Heinrich Clagh?
4. Die noch langen Kämpfen friedlich In der Sonne Schiefes stehen Und in Zappel-Hergt — wie niedlich — Ihren Staueremann erleben.
5. Und bei Maurenbrecher laden Sich die edlen „Führer“ ein, Kann er doch der Renegaten Erster Sturmgewelle sein.
6. Und da ist man stolz und wahr bei Sozialer Wertbeständigkeit, Ist man völkisch ganz und gar — bei Schlichter Gelegenheit!

Die Brüder schämen sich außerordentlich, das muß man sagen, und es besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß sie sich bald im schwarz-weißroten Bloß der Rechten umarmen werden. Gleiche Brüder bedingen gleiche Kappen!

Ein neuer Aufruf.

Das tägliche Brot der SPD.

Sie waren niemals sparsam mit Aufrufen, die Kommunisten, aber ihre neue Zeitung scheint den Nachweis ihre revolutionären Befähigung durch Häufung von Aufrufen bringen zu wollen. Heute ist schon wieder die ganze erste Seite der „Roten Fahne“ mit einem nicht endenwollenden Aufruf der deutschen und fran-

zösischen kommunistischen Partei angefüllt, in dem zum höchsten die Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England beschimpft und als einzige Lösung die Weltrevolution angepriesen wird. Es lohnt sich wirklich nicht mehr, die bombastischen Redensarten dieser Aufrufe ernst zu nehmen, wir erfüllen nur unsere Pflicht, wenn wir sie registrieren und feststellen, daß in all diesen Aufrufen auch nicht die Spur eines politischen Gedankens zu finden ist.

Gleichzeitig tagte der Zentralkomitee der SPD. Ueber seinen Verlauf veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen sehr summarisch gehaltenen Bericht, aus dem hervorgeht, daß es an den üblichen taktischen Meinungsverschiedenheiten nicht gefehlt hat. Man war der Ansicht, daß die Zuspitzung in Deutschland schnell vor sich geht und daß es Aufgabe des 5. Kongresses sein muß, den revolutionären Kampf in ganz Europa als organisatorisch-politische Aufgabe in den Mittelpunkt zu stellen. Das alles läuft nur auf ein erneutes Bekenntnis zum radikalsten Bolschewismus hinaus.

Technik des Bolschewismus.

Auf dem kommunistischen Zentralkomitee hat man sich damit beschäftigt, wie man das Russische noch besser organisieren kann. Die SPDisten sind der Meinung, daß nicht nur die Parolenfabrikation gesteigert werden muß, sie wollen auch organisatorisch „den Boden besser aufziehen“. Es müssen Streikleitungen jeden Tag Rechenschaft ablegen, Belegungskommandos die Bevölkerung aufrütteln, Ernährungskommandos die Landbevölkerung zur Solidarität veranlassen, Betriebsordnungen den Streikbrechern den Weg weisen usw. Es fehlt nur noch der Hinweis, daß Rollkommandos die unangenehmen SPD-Bonzen zu erledigen haben, und das Bild einer kommunistischen Musterorganisation ist fertig. Der Knüppel als Waffe, das ist das einzige, was nach kommunistischer Meinung helfen kann. Diese Knüppelgardienaktion wird freilich den Kommunisten nicht viel helfen, sie wird im Gegenteil ihr Abwärtskommen beschleunigen. Jeder ehrliche Arbeiter wird sich mit Entrüstung von dieser Gesellschaft abwenden, die kein anderes Ziel kennt, als die stolze deutsche Arbeiterbewegung in eine Banditenbewegung zu verwandeln.

Nur für Analphabeten.

In der „Roten Fahne“ werden Erinnerungen Kara Zeitlins an Lenin wiedergegeben. Darin findet sich ein Geständnis der Kara Zeitlin, das festgehalten zu werden verdient. Auf Lenins Klage über die ungeheure Ausdehnung des Analphabetentums in Rußland antwortet sie ihm:

„Klagen Sie nicht so bitter über das Analphabetentum, Genosse Lenin! Es hat auch sicherlich in gewissem Maße die Revolution erleichtert. Es hat das Gehirn der Arbeiter und Bauern besser geschult, mit bürgerlichen Begriffen und Anschauungen vollgepfropft und verlehnt zu werden. Gute Propaganda und Agitation fällt auf jungfräulichen Boden. Es ist leichter dort zu säen und zu ernten, wo nicht erst ein ganzer Urwald ausgerodet werden muß.“

Kara Zeitlin hat nicht unrecht. Die kommunistische Agitation und Propaganda ist wirklich nur für Analphabeten bestimmt. Boden kann sie nur da gewinnen, wo abnorme Verhältnisse allgemeine Verleumdung und Verwirrung geschaffen haben, und selbst da läßt sie das Gros der jahrzehntelangen im politischen Kampf für den Sozialismus gestählten Massen unberührt. Das Geschrei der Analphabeten wird in Deutschland keinen Boden finden.

Russische Blutjustiz.

Moskau, 12. Mai. (Eigener Deutscher Bericht.) Der oberste Gerichtshof der Ukraine, vor dem die Revision des Kiewer Prozesses stattfand, hat die Berufung der 13 Verurteilten verworfen.

Die Ablehnung der Berufung bedeutet, daß die in Kiew gefällten Todesurteile nunmehr in Kraft treten sollen. Wir appellieren noch im letzten Augenblick an die politische Einsicht und an die Menschlichkeit der Sowjetregierung. Duldet sie die Vollstreckung des Kiewer Urteils, so macht sie sich mitschuldig an diesem neuen Akt der russischen Blutjustiz.

Literarische Preisausschreiben.

Von Karl Fischer.

Für Dichter ist die glückliche, goldene Zeit gekommen, für alle die Menschen, die Verse machen, und die bisher eigentlich von der ganzen Welt mit höchster Gleichgültigkeit behandelt wurden — die Verse sowohl wie die Dichter.

Für die Dichter aber war das Geld zu einem sagenhaften, völlig unwahrscheinlichen Begriff geworden.

Das hat sich heute gewissermaßen geändert, im handumdrehen gemißermaßen.

Heute regnet es nur so Goldmark auf die Glücklichen, die Verse von sich geben.

Denn heute haben wir Preisausschreiben, überall Preisausschreiben, mindestens ein paar an jedem Tag.

Natürlich nicht die literarischen Preisausschreiben. Mit denen ist nicht viel los.

Die Herren Verleger wollen allerhand Gutes und Großes von den Dichtern ziehen, aber zahlen wollen sie nichts.

Außerdem liefern die literarischen Preisausschreiben auch selten genug dichterische Gaben, die die Literatur bereichern.

Der verstorbene Oskar Blumenthal, den man wegen seiner bärbeißigen und bissigen Kritiken den blutigen Oskar nannte, hat einmal, geistreich, wie er eben immer sein mußte, von den Bühnenstücken, die preisgekrönt worden sind, gesagt: „Je preis ein Stück, desto durcher fällt es.“

Ganz anders die Preisausschreiben von Zigarren- und Tabakfabriken, von Unternehmern, die Mittel gegen die Hühneraugen auf die Menschheit loslassen, von Streichholzfabriken und sonstigen sehr nützlichen Instituten.

Hier kann man Geld und Ruhm erwerben.

Alle diese Herrschaften wollen zum Ruhm ihrer Fabrikate und Reseparate Verse haben, woraus man ersehen kann, daß Fabrikbesitzer sanfte Menschen mit Igrisch angehauchten Seelen sind.

Und diese Preisausschreiben zur Erlangung von Versen verheßen geradezu phantastische Summen für ein paar Reime.

Dreitausend Goldmark und fünftausend Goldmark, und, o Gott, o Gott, siebentausend Goldmark.

Das ist doch ein Geschäft!

So heißt es zum Beispiel in einem dieser Preisausschreiben: „Verlangt wird ein Zweizeiler, und darf der Vers keinen Reim enthalten, der bereits existiert.“

Und darf der Vers keinen Reim enthalten —, der das geschrieben hat, der war selbst ein Dichter!

Ein sehr selbstbewußter Dichter, der durch seine eckige Begeisterung alle mit sich fortziehen und nicht nur Reime, die noch nicht

existieren, sondern auch Dichter, die noch nicht existieren, einem erkauchten Publikum vorstellen wird.

Der so lange unbekannt Dichter mit dem Reim, den man bisher nicht kannte, wird mit siebentausend Goldmark gekrönt, und das Publikum wird den Fabrikanten preisen und von ihm mit Recht sagen: „Auch hat derselbe durch sein Preisausschreiben die deutsche Literatur und Sprache in hervorragender Weise bereichert!“

Mesopotamische Ausstellung.

Die Arbeiten der Deutschen Orientgesellschaft, fast 20 Jahre lang in Vorderasien durchgeführt, sind im Kriege und nach dem Kriege an Ort und Stelle nicht mehr fortgesetzt worden. Aber was die deutschen Gelehrten in jenen 20 Jahren erarbeitet haben, wird weiter verfolgt, veröffentlicht, leider fast nicht gezeigt. Denn die leidige Raumnot der Berliner Museen hat gerade die vorderasiatische Abteilung in den tiefsten Keller des Kaiser-Friedrich-Museums verbannt. Darum ist der Versuch, einige Ergebnisse der deutschen Grabungen: jetzt in großen hellen Sälen des Antiquariums im Alten Museum zu zeigen, besonders dankenswerter. Kultus Dr. Walter Andree, der am Dienstag diese Ausstellung eröffnete, hat dort in Photographien, Zeichnungen und Malereien einen interessanten Teil des reichen Bildstoffes vereinigt, den die deutschen Gelehrten in Mesopotamien gesammelt haben. Zum erstenmal sieht man dort in farbiger Größe des Originals den Schmutz der Burg Nebukadnezars von Babylon aus der riesigen Burg, mit der er Babylon, die größte Stadt des Altertums, geschmückt hat. Es muß ein starker Eindruck gewesen sein, wenn der Besucher der Projektionsstrahlen auf den sortartig ausgebauten Tempelbezirk zuschritt, auf jeder Seite der Straßenmauern kamen 60 große Tiere in farbiger Gestalt auf der blauen Mauer reliefiert auf ihn zu: Löwen, Drachen nach Art einer Dinosauriergestalt, Stiere zum Stroh vorgehend, gelb und weiß, aber auch rot — dieses starke Rot ist heute durch Oxidation in Grün umgewandelt. Diese Tiere sind seit den deutschen Ausgrabungen in jede Kunstgeschichte übergegangen — nur ihre Originale, die in 20jähriger mühsamer Arbeit im Berliner Museum aus ihren Stücken wieder zusammengesetzt worden sind, konnten noch keine würdige Ausstellung finden, und so sieht man sie auch hier vorläufig nur in Wasserfarbenmalerei. Die so geschmückte Straße führte auf den Palast Nebukadnezars zu, dessen Thronsaalfront mit einem strahlenden Ornament von verflochtenen Palmetten über Blüßtern auf blauem Grunde prachtvoll geziert war. Auch von diesem Frontschmuck sieht man in der Ausstellung ein großes Stück in farbiger Wiedergabe — die Berliner kennen das Ornament übrigens von der Topographierleibung des Untergrundbahnhofes Klosterstraße her.

Dieser Tempelbezirk lag in der Gasse der Stadt Babylon. Robert Koldewey hat sie ausgegraben, und die von ihm ausgebildete Art wissenschaftlicher exakter Aufnahme ausgegrabener Bauwerke kann hier an einigen Originalproben studiert werden. Sie überlieferten mit minutiöser Treue den vorfindenen Zustand und lehen so die Zeichnung an die Stelle der Ruinen, die ja nach der Ausgrabung unrettbar weiteren Verfalls ausgeheht sind. Das große Tor der Mästar, der Göttin Babylons, in jenem Tempelbezirk war mit

Elfen und Drachen der in Berlin vertretenen Art geschmückt. Man kennt den Haupterfolg der Koldewey'schen Grabungen: zum erstenmal können wir uns von dem babylonischen Turm ein Bild machen, jenen riesenhohen Steinturm von quadratischer Grundform, auf das hoch hinauf von der einen Seite eine Freitreppe führte. In sieben Abzügen stieg dann der Turm empor, und oben trug er aller Wahrscheinlichkeit nach einen Tempel.

Auch von Assur am Tigris, der zweiten deutschen Ausgrabung, lassen sich die farbigen Dekorationen in schönen Proben zeigen. Im Buchmolekri erscheinen sie in der von den Deutschen erforderten Reihendanz von Tuluhi-Nimuria in der Hocharchitektur. Und von weit über 3000 v. Chr. bis hinein in unsere Zeitrechnung lassen sich da in Assyrien die Kulturen in ihrer Aufeinanderfolge und in dem darstellten, was sie alle gleichmäßig als vorderasiatisch bezeichnet.

Anatole France begrüßt die Kera des Weltkriegs! Anatole France schreibt im „Deuxième“ zu den Ergebnissen der Wahlen am 11. Mai: „Ich begrüße diesen großen Sieg Frankreichs. Frankreich hat keinen Friedenswillen bekundet. Ich habe oft gesagt, daß ich nicht glaube, daß der Krieg eine ewige menschliche Notwendigkeit ist. Ich wünsche, ich hoffe, ich ohne eine Zukunft des Friedens und der Eintracht zwischen den Völkern gleicher Kultur. Bereiten wir diesen wünschenswerten Frieden vor! Frauen wir nicht dem alten Sprichwort: „Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg.“ In Wirklichkeit muß man den Frieden vorbereiten, wenn man den Frieden will. Das ist unser Wunsch, das ist unser Ideal, das muß unser Werk sein! Arbeiten wir am Weltfrieden! Ist das nicht eine Aufgabe würdig der größten Seele und des stolzesstes Mutes? Das Kam der Göttern hat sie unternommen, als es das Weltall beherrschte, mögen sie das Europa von heute vollenden!“

Ein Kreuzotternjahr. Es scheint, daß Deutschland in diesem Jahr unter einer wahren Kreuzotternplage zu leiden hat. Aus allen Gegenden kommen jetzt schon Berichte von dem häufigen Auftreten dieser Giftschlange. Am härtesten scheint die Gefahr in Sachsen zu sein. Im Monat April wurden in Verdau allein nicht weniger als 72 Kreuzottern getötet.

Spielplatzüberlegung. Die für Sonnabend in der Großen Volkshalle angelegte „Arabische“ Aufführung ist auf Freitag, den 21. Mai, verschoben worden. Am Sonnabend wird „Garmen“ mit Leo Blech als Dirigent und Vera Schwarz als „Garmen“ gegeben.

Vortrag im Kronprinzen-Palais. Dr. D. Damm, wird am Sonntag, vorm. 9^h, Uhr über die Gemälde des Impressionismus und Expressionismus im Kronprinzen-Palais vortragen halten.

Die Verberichtung der russischen Hochschulen. Vertretern der Petersburger Presse hat der einzige Tag dort weilende Bildungsminister Lunatschki Erläuterungen über die Notwendigkeit der Einschränkung der Studentenzahl abgegeben, die im nächsten Semester an den Hochschulen zu gelassen werden sollen. Die Zahl der Studenten beträgt heute 140000, während sie im letzten Vorlesungsjahr nur 90000 ausmachte. Diese Verberichtung der Hochschulen ist auch der Grund zu der jetzt vorgenommenen Sitzung der Studenten, aus deren Reihen die (vollstimmig so genannten „Vorsten“, d. h. die Faulen und Erfolglosen, entfernt werden sollen.

Der Kampf im Ruhrbergbau.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Beim Reichsanwalt Dr. Marx hat heute vormittag um 10 Uhr eine Vorbesprechung begonnen über die neu aufzunehmenden Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau. Zu den Verhandlungen sind 15 bis 20 Vertreter der Bergwerke und der Bergarbeiter-Organisationen erschienen.

Der Reichsanwalt wies in seiner Ansprache beide Teile auf die Bedeutung der Beendigung des Konfliktes sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung hin und suchte die Bereitschaft zur Verständigung anzubahnen.

Im Anschluß an diese Vorbesprechung werden die eigentlichen Einigungsverhandlungen heute nachmittag im Reichsarbeitsministerium beginnen. Zunächst soll die Frage der Schiedsrichterliche gestiftet und eine Verständigung darüber herbeigeführt werden, ob ein neuer Schiedspruch gefällt werden soll, falls eine Einigung der beiden Parteien nicht zustandekommt.

In der Vorbesprechung führte der Reichsanwalt, wie W.Z.B. berichtet, u. a. aus: Die Reichsregierung habe volles Verständnis für die Notlage der beiden Parteien an der Ruhr, die sich teils aus den Nachwirkungen des Ruhrkampfes, teils aus den Belastungen durch die Ricumverträge und der Kreditnot, teils aus den Lenkungsverhältnissen und den Schwierigkeiten der Lebensverhältnisse ergeben. Demgegenüber ständen aber die wichtigsten Interessen außen- und innenpolitischer Natur, die einen baldigen Abschluß des Kampfes zur dringenden nationalen Pflicht für beide Teile machten. Jede Verlängerung des Kampfes vermehrte die Schwierigkeiten der Wirtschaft, steigere die Kreditnot und bringe außenpolitische Gefahren mit sich in einem Augenblick, da die Frage des Schutzes und die Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen Frieden und Geschlossenheit in Deutschland notwendig mache. Auch speziell für den Bergbau würde ein längerer Kampf die Stellung der gegenwärtigen Räte nur erschweren.

Nach dem Reichsanwalt sprachen im Namen der Bergarbeiterverbände die Abgeordneten Hufmann vom Asten Verband und Kottländer vom Gewerkschaftsverband Bergarbeiter, sowie im Namen des Zechenverbandes Generaldirektor Biskott in allgemeinen Ausführungen über den Streitfall.

Im Anschluß an die Aussprache stellte der Reichsarbeitsminister die Bereitwilligkeit der beiden Parteien fest, anknüpfend an die Verhandlungen über den Manteltarif ein Schlichtungsverfahren über die schwebenden Streitfragen zu eröffnen. Er schloß vor, daß sich die Führer der beiden Parteien sofort zum Reichsarbeitsministerium begeben möchten, um dort über die Formalitäten dieses Verfahrens Beschluß zu fassen. Um 2 Uhr würde man mit den Schlichtungsverhandlungen beginnen können.

Macdonalds Friedenspolitik.

London, 14. Mai. (W.Z.B.) Macdonald erklärte in einer Rede in der Albert Hall über die auswärtige Politik der Arbeiterregierung, wenn heute das Licht in Europa anbreche, so sei dies der Fall, weil die Arbeiterregierung die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten geändert und eine Politik in einem neuen Geiste angenommen habe. Er habe danach gestrebt, Vertrauen in die Politik der Arbeiterregierung zu schaffen und die Politik Großbritanniens auf eine Grundlage freundschaftlicher Bemühung zu stellen. Die Lage ändere sich, und zwar nicht durch Einschüchterung, nicht durch Drohungen, sondern weil die ruhige Bemühung beginne, die Gedanken aller Nationen Europas zu beinhalten. In dieser großen Politik des Wiederaufbaus Europas seien eine oder zwei Nationen nicht genug. Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien genügt nicht, es sei auch noch nicht genug, wenn Deutschland und Rußland hinzukämen. Sein Herz sei bei den kleinen Nationen Europas. Die auswärtige Politik der Arbeiterregierung wende sich nicht nur an die Großmächte, sondern auch an die kleinen Mächte, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Polen, die Tschechoslowakei und alle anderen. Sie wolle sie alle. Ohne die kleinen Nationen würde die große Friedensvereinigung Europas unvollständig sein, und bevor sie vervollständigt sei, könne die Arbeiterregierung niemals davon überzeugt sein, daß ihre auswärtige Politik zum Erfolge führen werde. Niemand wisse besser, als die kleinen Nationen, daß eine Militärpolitik sich nicht bezahlt mache. Große Staaten könnten ihre Heere, wie riesige Dampfmaschinen, über kleine Nationen gehen lassen, der Schwache müsse die Beute des Starken werden, wenn die Welt allein durch Gewalt beherrscht werde. Sein Appell an sie sei: verlaßt euch nicht auf diese Art von Hoffnung, denn sie müßte zu Europas Zerstörung führen. Nur, wenn die Nationen entwaffnet sind, wird es Gerechtigkeit geben.

Macdonald fuhr fort, einige Kritiker fragten, weshalb die Regierung nicht eine internationale Konferenz einberufe. Man könne eine Konferenz nicht einberufen zu einer Zeit, wo sie keinen Erfolg haben würde, und ein Mißerfolg würde sehr verhängnisvoll sein. Die Regierung bereite jedoch den Weg vor. Sobald das dringende Problem Zentraluropas aus dem Wege geschafft sei, — er hoffe, dies werde nicht mehr sehr lange dauern — glaube er, daß die Schwierigkeiten, die jetzt beständen, durch denselben Geist überwunden werden würden, der schon die Schwierigkeiten in der Vergangenheit überwunden habe. Die Regierung bitte lediglich um die notwendige Zeit. Die Friedensbewegung schreite langsam und ruhig vorwärts. Die Arbeiterpartei sei nicht die einzige Partei, die sie fortzuführen könne, aber keine andere Partei könne sie mit derselben Begeisterung fortführen. Die Arbeiterregierung habe niemals das Volk in dieser Frage betrogen.

Das große Problem der Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt sei, den Sachverständigen Bericht zur Ausführung zu bringen. Es gebe einige Dinge in dem Bericht, bereitwillingen er etwas argwöhnisch sei. Aber angenommen, man beginne, jede Linie, jeden Paragraphen und jeden Vorschlag zu prüfen, was würde man dann finden? Das, was die Arbeiterregierung innerhalb 24 Stunden nach Beendigung ihrer Prüfung des Sachverständigenberichtes getan habe, sei, die Initiative zu ergreifen und der Welt zu verkünden, daß der Bericht als Ganzes zur Ausführung gebracht werden solle. Dies sei der rechte Weg gewesen, und wenn er weiter verfolgt werde, so werde Europa die Aussicht haben, wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Weder Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien noch Großbritannien könnten es sich leisten, jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Es handle sich um den ganzen Bericht und um nichts als den Bericht. Wenn man bei der Durchführung auf Schwierigkeiten stoße, so sei immer noch die Bemühung vorhanden, auf Schwierigkeiten zugehen. Aber er bitte alle anderen, Betracht kommenden Nationen, auf dem Wege weiter zu schreiben, den die britische Regierung betreten habe, den Gesamtbericht von der Heran zur Ausführung zu bringen und ihr Bestes zu tun, um die durch den Bericht auferlegten Verpflichtungen auszuführen. Wir wollen auf den Gerechtigkeitssinn der Welt vertrauen und darauf, daß das Recht letzten Endes siegt.

Henderson, der nach Macdonald das Wort ergriff, erklärte, ein Geist der Zuversicht beherrsche die Mehrheit des englischen Volkes und, wie er glaube, auch die Mehrheit der Völker Europas. Henderson wies hin auf den „wunderbaren Fortschritt in der Richtung des Friedens“ infolge der Entscheidung der französischen Wahlen. Der erste Schritt der Arbeiterpartei sei die Anerkennung der Sowjets gewesen. Man sei froh zu hören, daß die gegenwärtig stattfindenden englisch-russischen Verhandlungen zahlreiche Schwierigkeiten überwunden hätten; er hoffe, es würden auch andere noch bestehende Schwierigkeiten überwunden werden.

Die Kostprobe.

An allen verkehrsreichen Ecken und Plätzen stehen sie, die kleinen Schokoladenhändler. Großfirmen dürfen diesen kommissionsweisen Verkauf ihrer Schokolade organisieren, aber wo bleibt die Schokolade, wer ist ihr Käufer? Ein Wunder ist es ja nicht, nachdem man soviel bittere Jahre ausgekostet hat, daß sich nun dieser oder jener mit Schokolade kein Leben verfallen will. Kurz und gut, die Schokoladenhändler kennen ihre Pappenscheimer. Turnhoch sind die Tafeln auf ihren Kistenwagen aufgebaut. Mit Stimmenaufwand verkünden sie den „gewaltigen Preisabbau“, so daß man unwillkürlich stehen bleibt, selbst wenn man kein Freund von Süßigkeiten ist. „Schöne Marken-Schokolade, garantiert rein, meine Herrschaften. Eine Tafel, zwei Tafeln, drei Tafeln, vier Tafeln, fünf Tafeln, alle zusammen eine Mark, und weil heute . . . tag ist, gebe ich noch eine gratis dazu. Also zugreifen, Leute, sechs Tafeln hohe Qualitätsware, nur hundert deutsche Reichsrentenpfennige. Jeder soll sich von der Güte meiner Ware überzeugen, prüfen Sie nur selbst!“ Wahlos greift er eine Tafel aus seinem Warenbestand heraus, zerklüftet sie in kleine Stücke und reicht auf einem Teller diese „Kostprobe“ an die Zuhörer und Zuschauer herum. Auch eine ärmlich gekleidete ältere Frau steht unter dem Publikum. Als der Händler merkte, daß die alte Frau nicht den Mut hatte, sich auch ein Stückchen zum Kosten zu nehmen, meinte er gütig, trotzdem er genau wußte, daß diese bestimmt nicht in der Lage ist, weder die angepreisnten sechs Tafeln, noch auch nur eine Tafel zu erwerben: „Na Mutterchen, du nimmst meine Schokolade auch kosten!“ Ein wenig schen sieh sie die Frau um, lächelt leis, und zögert greift sie das kleinste Stück und läßt es schnell in ihren zahnlosen Mund verschwinden. Keinen Wort dies entgangen, selbst dem Händler nicht. Flugs greift er eine Tafel, reicht sie der erschrockenen alten Frau: „Hier Mutterchen, eine Kostprobe gratis als Anerkennung der Bescheidenheit.“ Das Mutterchen jögert, schließlich greift's zu und verschwindet. Die Herumsiehenden empfinden dankbar diesen kleinen Zwischenfall. Man greift in die Tasche, denn die gut angebrachte Freigebigkeit trägt plötzlich mehr Früchte als der Händler erwartet hat. Er ist um eine neue Erfahrung reicher und wird sie bald als neuen Geschäftstrieff weiter verwerten.

Das Briefmarkenlager auf dem Hausboden.

Ausbeutung eines Diebstahls in der Reichsdruckerei.

Ein Diebstahl, der vor einiger Zeit in der Reichsdruckerei verübt wurde, ist jetzt aufgeklärt. In einem Lokal lernte ein 35 Jahre alter Kaufmann Emil Rogoll einen Oberpostsekretär kennen. Er bot ihm, 100 Stück Briefmarken zu einer Mark in Geld umzuwechseln, die er von seiner letzten Stellung her noch besitze und nicht mehr verwerten könne. Der Beamte war ihm gern gefällig, wechselte die Briefmarken gegen Geld ein und brachte es ihm. Als bei einem anderen Zusammentreffen Rogoll mit der Bitte kam, ihm 800 Stück in bar umzuwechseln, schloß er Verdacht, nahm die Marken an, machte aber heimlich seinem Vorgesetzten Anzeige. Nunmehr wurde Rogoll verhaftet. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung fand man zwar keine Briefmarken, dafür aber ein kleines Lager Grammophonplatten und Lederwaren. Wie er zu diesen Sachen gekommen war, konnte er nicht erklären. Die Kriminalpolizei stellte bald fest, daß er mit einem anderen jungen Manne gesehen worden war. Dieser wurde in einem gewissen Traktat aus der Arbeitstrafe ermittelte. Als man bei ihm Hausdurchsuchung hielt, fanden die Beamten auf dem Boden des Hauses versteckt für 7000 M. Briefmarken. Er gestand nun, daß er kurz vor seiner Entlassung aus der Reichsdruckerei 10 000 Stück Briefmarken gestohlen habe. Rogoll sollte dann den Verkauf besorgen. Wo die Grammophonplatten und die Lederwaren herührten, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Sicher fand sie Rogoll von Einbrechern zum Verkauf übergeben worden.

Bürgerliche Schulabbau-Politik.

In der letzten Zeit ist von allen Seiten mit Recht über starken Abbau von Lehrkräften und von Einrichtungen des Schulwesens geklagt worden. Immer wird zur Begründung dieser Maßregeln auf die Sparnotwendigkeit hingewiesen. Um so mehr muß es wundernehmen, daß das staatliche Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Neukölln noch immer erhalten geblieben ist. Schon seit Jahr und Tag ist diese Anstalt im Absterben begriffen. Angeblich muß aber für den Bezirk Neukölln ein humanistisches Gymnasium bleiben. In Wirklichkeit besuchen dieses staatliche Gymnasium ganze 70 Schannalassen, die sich so auf die Klassen verteilen: Oberprima 5 Schüler, Unterprima 3 Schüler, Obersekunda 13 Schüler, Untersekunda 15 Schüler, Obertertia 8 Schüler, Untertertia 21 Schüler. Außerdem gibt es allerdings an der Anstalt noch 92 Schüler, die eine realgymnastische Abteilung bilden. Diese 92 Schüler könnten mit Leichtigkeit auf die nahegelegenen städtischen Realgymnasien verteilt werden. Für die 70 oder 162 Schüler werden 9 Klassen aufrechterhalten, das ergibt bei 162 Schülern eine Durchschnittsfrequenz von nur 18. Für diese Schule wird ein Oberstudienrat, ein Oberstudienrat und eine Anzahl Studienräte beschäftigt und ein ganzes Schulgebäude, mit Ausnahme von zwei Klassen, in Anspruch genommen, samt Direktorzimmer, Vorzimmer, Konferenzzimmer, Sammlungszimmer und Besprechungsraum. Und das in einem Ort wie Neukölln, in dem in den Volksschulen annähernd 75 Klassen überhaupt keine eigenen Räume haben und in zwei höheren Schulen zwei fliegende Klassen und in einer höheren Schule vier fliegende Klassen bestehen. Ein vernünftiger Mensch fragt sich, wodurch sich die Aufrechterhaltung eines so kostspieligen Apparates für eine so geringe Zahl Schüler rechtfertigt. Die Antwort ist deutlich im Lokal-Anzeiger von dem deutschösterreichischen Stadtobern Professor Danke gegeben worden. Es muß ein Gegengewicht gegen die städtische sozialistische Schulpolitik geschaffen werden! So unsinnig das ist, in maßgebenden Kreisen hat es anscheinend doch gewirkt. Obwohl das Finanzministerium, soweit bekannt geworden ist, energisch den Abbau dieser staatlichen Anstalt verlangt hat, ist kurz nach jener Veröffentlichung plötzlich der Abbau unterlassen worden. Im preussischen Landtag sollte der Herr Minister einmal danach gefragt werden, ob er es für richtig hält, daß hier Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, während an anderen Stellen übermäßig gespart werden muß.

Ein Mann mit zwei Frauen.

Zweimal ohne Mitwissen verheiratet zu sein, kommt gewiß nicht oft vor. Aber, daß es doch passieren kann, das beweist dieser Tage eine Verhandlung vor dem Landgericht zu Leipzig. Der in Ragis bei Abstrichen in Ostpreußen geborene Schlosser Lokat, zuletzt wohnhaft in Reinickendorf bei Berlin, hatte sich wegen Doppelsehe zu verantworten. Er war 1910 von dort abgereist und ließ eine Frau mit drei Kindern zurück. Da seine Ehefrau einen leidenschaftlichen Lebenswandel führte, beantragte er Ehescheidung. Kurz vor dem Kriege war Süßnermin von einem Berliner Amtsgericht beantragt, zu einem Vergleich kam es nicht, und die Ehescheidung ging vor sich. Während des Krieges war L. an der Front. Einmal hatte er vom Amtsgericht einen Brief erhalten, den er nicht ausgehändigt erhielt, weil er schwer verletzt war und bis Ende des Krieges im Lazarett lag. Nach Ausgange seines dienstlichen Borgebietes hatte jener Brief die endgültige Ehescheidung enthalten. Lokat kümmerte sich um amtliche Unterlagen nicht mehr, aber da er nach seiner Entlassung vom Heer keinen festen Wohnsitz hatte, entschloß er sich, nochmals nach Berlin zu schreiben. Die Antwort seiner Ehefrau lautete auf Nichtwiederaufnahme, da die Ehe schon längst gelöst sei. Lokat war nun der festen Überzeugung, die Ehe sei längst gelöst und ging 1921 eine zweite Ehe ein.

Jetzt, nach dreijähriger Ehe, meldete sich die erste Ehefrau und erstattete Anzeige gegen L. wegen Doppelsehe. Nach Angaben der Ehefrau sei wohl die Scheidung vor sich gegangen, aber der Termin der endgültigen Scheidung habe noch bevor. Der Ehemann Lokat hatte im besten Glauben gehandelt und erst nach der Zulassung seiner früheren Ehefrau besäufte er zum zweiten Male den Weg zum Standesamt. Nach neunjähriger Verhandlung kam das Gericht zur Freisprechung, da L. nicht wider besseres Wissen gehandelt habe.

Die sozialdemokratischen Studenten.

Ihre Aufgaben an den deutschen Hochschulen.

Zu diesem Thema sprach auf Einladung der Sozialdemokratischen Studentenvereinigung gestern Genosse Dr. Kies aus Jena. Aus welchen Kreisen kommt der Student her? fragte der Redner. Die Statistik vom Jahre 1919 zählt 4,1 Proz. Studenten aus dem Proletariat stammend, 52 Proz. aus dem nichtakademischen Mittelstand, 24 Proz. aus dem akademischen, 8 Proz. aus der Großbourgeoisie, 11,2 Proz. aus dem Landbesitz. Seitdem hat sich aber das Bild wesentlich verändert. Die Inflationsperiode des letzten Jahres hat den Mittelstand sozialisiert. Das geistige Anlieh der Studenten wird durch zwei soziale Institutionen bestimmt: durch Familie und Schule. Das technische Bindemittel der Familie, dieses in Auflösung begriffene mittelalterliche Überbleibsel, bildet das Geld. Die Inflation hat ihm aber den letzten Stoß gegeben. Der Werkstudent beherrscht das Feld. Der Brotdienst, für den das Studium nur ein Mittel ist, später Geld zu verdienen, macht sich jetzt breiter denn je. Die Schule wieder, die eine Vorbereitung für das Leben sein sollte, ist nur Instrument zur Aneignung mechanischen Wissens. Sie ermöglicht nicht die bewusste Berufswahl, die der Eignung entspringen muß. Die Berufswahl selbst steht unter dem Gezege von Angebot und Nachfrage. Sie kommt unter das Räderwerk der Zwangsläufigkeit, die das ganze Wirtschaftsleben beherrscht. Dem Glanz dieses Systems kann nur die sozialistische Planwirtschaft ein Ende machen. Der Student, in der Tradition der Familie und Schule aufgewachsen, wird zum günstigen Nährboden für eine nationalstaatliche und reaktionäre Propaganda. Die Anpassungsfähigkeit der Jugend tut dabei das ihre. Der Student ist daher wenig empfänglich für Sozialismus, Sozialismus und Klassenkampf. In Wirklichkeit aber unterliegt der Kopfarbeiter dem gleichen Schicksal wie der Handarbeiter. Ganz wie der letztere ist er von den Produktionsmitteln losgelöst, auch für ihn ist der vom Proletariat geschichtlich aufgezwungene Klassenkampf der einzige Weg zu einer Erlösung. So wird es ihm zur Pflicht, an dem Klassenkampf, dessen sittlicher Gehalt die Befreiung der Menschheit ist, teilzunehmen. Deshalb muß es für den Studenten heißen: die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennenzulernen, die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus in sich aufzunehmen, sich über die Fragen der Tagespolitik klar zu werden und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Sozialistische Erziehung und Teilnahme im Kampf für eine soziale Republik Schulter an Schulter mit dem Proletariat muß zum höchsten Gebot des sozialdemokratischen Studenten werden.

In der Diskussion rednete Genosse Dr. Landsberg ebenso geistreich wie wissenschaftlich begründet mit den kommunistischen und mit den reaktionären aus der republikanischen Bewegung „Schwarzrotgold“ ab, die der Sozialdemokratie alle möglichen und unmöglichen Dinge vorwerfen. Einen Hieb, der soß, verfehlte diesen Herren, die überall viel Geräusch machen und oberflächlich Kritik üben, nicht aber selbst an der Kleinarbeit unter dem Proletariat mithelfen. Genosse Dr. Friedländer. In seinem Schlußwort kam Dr. Kies noch einmal auf die Taktik der kommunistischen Partei und insbesondere auf ihre arbeiterfeindliche Rolle in Thüringen zu sprechen, wo die reaktionäre Regierung mit einer größeren Geschwindigkeit alle kulturellen Errungenschaften des Proletariats abbaut, als es der Sozialdemokratie möglich war, sie aufzubauen. — Hoffentlich gelingt es der Sozialdemokratischen Vereinigung, die studentischen Kreise, die sich von dem Bann der Tradition und der kleinbürgerlichen Familie losgelöst haben, zusammenzufassen und sie dem Kampfe des Proletariats für den Sozialismus zuzuführen.

Der ausgeraubte Geldbrief.

Die mysteriöse Verabreichung eines Geldbriefes, deren Aufklärung die Kreise der Postbeamten längere Zeit in Atem hielt, beschäftigt das Schöffengericht Witte. Am Juli 1922 war ein Geldbrief mit über 200 000 Mark Inhalt, der in Oberschlesien zur Post gegeben war, in Lublinitz mit abgeplittertem Siegel angekommen, dann vorschriftsmäßig geprüft und mit dem üblichen Vermerk von der Post nach Berlin weitergeschickt worden. Nach Ausbändigung des Briefes stellte die Empfangsfirma in ihrem Bureau fest, daß der ganze Inhalt bis auf 20 Mark fehlte. Ein augenscheinlich vom Postamt C 1 benutzter Stempel lenkte den Verdacht auf den Postsekretär Beh, der von seinem Amt suspendiert wurde. In der gerichtlichen Verhandlung sprach sich der als Sachverständige vernommene Postdirektor Harder für die Schuld des Angeklagten aus, der den Brief etwa 2 Stunden in seiner Verwahrung gehabt und dadurch Gelegenheit gehabt hätte, während dieser Zeit den Poststempel zu benutzen. Infolgedessen beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis. Der Verteidiger wies nach, daß die Aufklärung nach dem richtigen Täter durch die nachsichtswidrige Ausbändigung des Briefes an den Empfänger verhindert worden sei, weil das letzte Postamt den öffentlichen Vermerk Brief weder geöffnet noch auf den Inhalt nachgeprüft hatte. Allerdings hätte der Angeklagte, ein alter Beamter, den Brief auf dem Postamt C 1 in den Händen gehabt. Der Brief sei ihm aber von den nachfolgenden Stationen abgenommen und abquittiert worden. Der Verdacht, der sich gegen alle Beamte gleichzeitig richtete, wäre gegen den Angeklagten allein aufrechterhalten worden, weil dieser im Gegensatz zu allen anderen Beamten die Schadenersparnis allein bestritten hätte. Das Gericht, das sich diesen Ausführungen des Verteidigers angeschlossen, sprach den Angeklagten frei.

Zunge eines Autounfalls gesucht.

Der schwere Autounfall, der am 4. April d. J. zwei Menschenleben forderte, beschäftigt noch immer die Strafbehörden. An jenem Tage kam von der Pflaumeninsel her ein Auto nach Wannsee herangerast, überfuhr an der Ecke den Kistenarzt Dr. Jansbach und den Wäckerlehrling Dreher und verletzte sie so schwer, daß sie starben. Das gleiche Auto fuhr dann auch noch einen Motorradfahrer an, so daß er mit seiner Maschine über den Chauffeegraben hinwegflog. Dieser Motorradfahrer hat sich nicht gemeldet und konnte auch nicht ermittelt werden. Zur Aufklärung wird er erlucht, seine Adresse der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Potsdam zum Altrenzischen 5 I 33 524 mitzuteilen.

Zu der gestrigen Funktionärskonferenz. Genosse Crispian schreibt uns: Der Bericht über die gestrige Berliner Funktionärskonferenz läßt mich im Schlußwort sagen: „Wir haben keine Beratsamlung, gegen das Polizeivergehen in der russischen Handelsvertretung zu protestieren.“ In Wirklichkeit habe ich gesagt, daß die politischen Übergriffe gegen die russische Handelsvertretung auf sich selbst zurückzuführen und zurückgewiesen werden müssen und daß im übrigen Verhandlungen im Gange sind, von denen wir hoffen wollen, daß sie zur Beilegung der Angelegenheit führen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Heiter und warm.
Deutschland: In ganz Deutschland trocken und warm.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Parteitag. (Berichtungen) Nicht Freitag, sondern Donnerstag, 13. Mai, 8 Uhr: Erneuerte Arbeitsverhandlung bei Trümpfer, Hensburger Str. 1, 109. Mittwochs, 14. abends 8 Uhr, im Lokal von H. Peim, Appenzler Str. 31: Mitgliederversammlung. Beschlüsse aller Parteigruppen unbedingt notwendig.

